

## Gesetz über das Einwohnerregister

vom

Einwohneramt,  
Einwohnerregister

§ 1. <sup>1</sup>Jede Politische Gemeinde führt ein Einwohneramt.  
<sup>2</sup>Das Einwohneramt führt das Einwohnerregister gemäss Bundesgesetz über die Harmonisierung der Einwohnerregister und anderer amtlicher Personenregister (Registerharmonisierungsgesetz).  
<sup>3</sup>Das Einwohnerregister dient zugleich als Stimmregister.

Kantonale Aufsicht

§ 2. <sup>1</sup>Das jeweils zuständige Departement beaufsichtigt den Vollzug.  
<sup>2</sup>Die zuständigen Stellen überwachen die Koordination, Durchführung und Qualitätskontrolle der Registerharmonisierung.

Datenschutz

§ 3. <sup>1</sup>Die Bearbeitung oder Weitergabe von Daten beim Vollzug dieses Gesetzes richtet sich nach dem Gesetz über den Datenschutz.  
<sup>2</sup>Auf Anfrage von im Gemeindegebiet tätigen Vereinen oder gemeinnützigen Organisationen kann das Einwohneramt Namen und Adressen bestimmter Personengruppen herausgeben, soweit sich aus dem Zweck der Institution ein berechtigtes Interesse ergibt.  
<sup>3</sup>Im Einzelfall können Adressdaten an Private weitergegeben werden, wenn schriftlich ein berechtigtes Interesse glaubhaft gemacht wird.  
<sup>4</sup>Die Weitergabe oder die kommerzielle Verwendung solcher Daten sind unzulässig.

Hauptwohnsitz

§ 4. <sup>1</sup>Hauptwohnsitz im Sinne dieses Gesetzes hat eine Person in der Gemeinde, in der sie sich in der Absicht dauernden Verbleibens aufhält, um dort den Mittelpunkt ihres Lebens zu begründen, der für Dritte erkennbar sein muss.  
<sup>2</sup>Eine Person kann nur einen Hauptwohnsitz haben.

Nebenwohnsitz

§ 5. <sup>1</sup>Nebenwohnsitz im Sinne dieses Gesetzes hat eine Person in der Gemeinde, in der sie sich zu einem bestimmten Zweck ohne Absicht dauernden Verbleibens mindestens während dreier aufeinander folgender Monate oder dreier Monate innerhalb eines Jahres aufhält.  
<sup>2</sup>Der Aufenthalt zum Zweck des Besuchs einer Lehranstalt oder Schule und die Unterbringung einer Person in einer Erziehungs-, Versorgungs-, Heil- oder Strafanstalt begründen einen Nebenwohnsitz.  
<sup>3</sup>Einen Nebenwohnsitz kann nur begründen, wer einen schweizerischen Hauptwohnsitz hat.

Vorbehalt des Ausländerrechtes

§ 6. Die Voraussetzungen für die Niederlassung und den Aufenthalt ausländischer Staatsangehöriger richten sich nach den Bestimmungen des Ausländerrechtes.

Persönliche  
Meldepflicht

§ 7. <sup>1</sup>Wer in eine Gemeinde zuzieht, in ihr umzieht oder aus ihr wegzieht, hat dies innert 14 Tagen dem Einwohneramt zu melden.

<sup>2</sup>Die meldepflichtige Person hat dem Einwohneramt wahrheitsgetreu Auskunft zu geben und ihre Angaben wenn erforderlich zu dokumentieren.

Melde- und Aus-  
kunftspflicht Dritter

§ 8. <sup>1</sup>Vermieterinnen und Vermieter sowie Liegenschaftsverwaltungen sind gegenüber dem Einwohneramt verpflichtet:

1. die ein- und ausziehenden Mieterinnen, Mieter, Untermieterinnen und Untermieter innert 14 Tagen unentgeltlich zu melden;
2. auf Anfrage darüber Auskunft zu geben, wer ihre Mietobjekte bewohnt.

<sup>2</sup>Wer in seinem Haushalt Logis gewährt, hat gegenüber dem Einwohneramt die gleichen Melde- und Auskunftspflichten wie Vermieterinnen und Vermieter.

<sup>3</sup>Die Meldungen und Auskünfte umfassen Name, Vorname, Adresse und das Ein- oder Auszugsdatum.

<sup>4</sup>Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber sind auf Anfrage des Einwohneramtes zu unentgeltlicher Auskunft über den Wohnsitz der bei ihnen beschäftigten Personen verpflichtet, sofern diese ihre persönliche Meldepflicht nicht erfüllt haben.

Kollektivhaushalte

§ 9. <sup>1</sup>Leiterinnen und Leiter von Kollektivhaushalten melden dem Einwohneramt per Ende Jahr alle Bewohnerinnen und Bewohner, die sich seit mindestens drei Monaten in ihrem Kollektivhaushalt aufhalten.

<sup>2</sup>Für Personen mit Hauptwohnsitz am Ort des Kollektivhaushaltes gilt die persönliche Meldepflicht gemäss § 7.

Datenlieferung an  
Kanton

§ 10. <sup>1</sup>Die Gemeinden stellen die Daten des Einwohnerregisters dem Kanton in elektronischer Form zur Verfügung.

<sup>2</sup>Der Kanton kann die Daten für amtliche und statistische Zwecke nutzen und eine elektronische Plattform errichten.

Datenaustausch

§ 11. <sup>1</sup>Die Gemeinden tauschen die Daten bei Weg- oder Zuzügen von Einwohnerinnen und Einwohnern gemäss den Vorgaben des Bundes aus.

<sup>2</sup>Das Einwohneramt ist berechtigt, den Schulgemeinden und Stellen innerhalb der Gemeindeverwaltung sowie den Versorgungs- und Werkbetrieben die zur Erfüllung ihrer Aufgaben notwendigen Daten aus dem Einwohnerregister weiterzugeben.

<sup>3</sup>Bei Zu-, Weg- oder Umzug von Personen, die einer anerkannten Landeskirche angehören, teilt das Einwohneramt der betreffenden Kirchengemeinde die notwendigen Daten mit.

Daten für Woh-  
nungsidentifikator

§ 12. Versorgungs- und Werkbetriebe sowie andere registerführende Stellen des Kantons und der Gemeinden, die über Daten zur Bestimmung oder Nachführung des Wohnungsidentifikators einer Person verfügen, stellen diese dem Einwohneramt unentgeltlich zur Verfügung.

Wohnungs-  
nummerierung

§ 13. <sup>1</sup>Der Regierungsrat erlässt \_\_\_\_\_ Bestimmungen zur Einführung der administrativen Wohnungsnummerierung.

<sup>2</sup>Die Gemeinden können zusätzlich die physische Wohnungsnummerierung einführen.

Strafbestimmung

§ 14. Wer gegen Bestimmungen dieses Gesetzes verstösst, wird mit Busse bestraft.

Aufhebung bisherigen Rechtes

§ 15. Das Gesetz über Niederlassung und Aufenthalt der Schweizerbürger vom 7. Mai 1984 wird aufgehoben.

Inkrafttreten

§ 16. Dieses Gesetz tritt auf einen durch den Regierungsrat zu bestimmenden Zeitpunkt in Kraft.